

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 07

Juli 2005

Jahrgang 34

„Klein Zürich“ ist tot! Der GBH-Skandal bleibt!

Um den Neubeginn nach den zerstörerischen Kriegsjahren einzuleiten und das wirtschaftliche Leben der Menschen zu verbessern, förderten bestimmte Betriebe in Heidenheim gemeinsam mit kommunalen Initiativen den Wohnungsbau.

Das was Ende 1949 mit großen Hoffnungen modellhaft erstellt und in den ersten Ausgaben der VOITH-Mitteilungen hoch gepriesen wurde, ist zerstört. Der gemeinnützige und soziale Wohnungsbau.

Nicht nur „Klein Zürich“, auch z.B. die Eisenbergsiedlung waren modellhafte Bauweisen für ein soziales Zusammenleben.

Heute, nach über 50 Jahren ist die Wohninsel „Klein Zürich“ dem Zerfall preisgegeben.

Nicht nur ein Bauskandal. Ein Skandal, der die Unmenschlichkeit der heute Verantwortlichen deutlich dokumentiert.

Ein schönes, infrastrukturell hervorragendes Mietwohngebiet, ruhig gelegen, ein Mietwohngebiet, in dem sich soziale Strukturen gebildet haben, wird aus Profitgründen, im Interesse von Aktionären, abgerissen und soll einer neuen „Verwertung“ zugeführt werden.

Heute, nach über 50 Jahren, soll mit

der Abrissbirne recycelt werden, was sich in 50 Jahren an gefestigten nachbarschaftlichen Hilfen herausgebildet hat.

Es ist politisch und soziologisch skandalös, eine familien- und kin-



derfreundliche Mietwohninsel mit gewachsenen Strukturen einerseits zu zerstören, und andererseits mit aufgeblähtem Popanz eine „Soziale Stadt - VOITHsiedlung“ zu propagieren, um genau das zu versuchen und zu entwickeln, was zuvor zerstört wurde.

Die Stadtverwaltung und die im Gemeinderat vertretenen Parteien ignorierten selbstherrlich die Vorschläge der DKP.

Um der Grundstücks- und Baugesellschaft Heidenheim zum Abriss Erfolg zu verhelfen, postierten sich Stadtverwaltung, an der Spitze OB

Ilg, der Gemeinderat, an der Spitze die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Freie Wähler und Grüne um die Geschäftspolitik der GBH und ihrer Aktionäre. Kein Wort zu den Abrissplänen von rund 180 Wohnungen. Kein Wort zu dem sozialen Kahlschlag, der viele Familien, ältere alleinstehende Frauen oder Männer, ausländische Mitbewohner nicht nur finanziell belastete, sondern auch in Existenzängste trieb.

Welch jämmerliche kommunalpolitische Haltung der kommunalen Interessenvertreter solche Kahlschlagsstrategien der GBH widerspruchslos zu akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen wurde den Mietern in „Klein Zürich“ im Mai 2004 zum Mai 2005 die Wohnung gekündigt. Ohne den Mietern mit 5 oder 50 jährigen Mietverhältnissen, ob arbeitslos, in Rente, ob Ausländer ob alt und alleinstehend, eine Umzugshilfe, oder Entschädigung für wertlos gewordenes Mobiliar zu zahlen, kamen diese Kündigungen einer Zwangsvertreibung gleich.

**Klein Zürich ist tot!
Der GBH-Skandal bleibt!**



Ergebnis um 26 Prozent gesteigert

GBH-Aktionäre jubeln - Mieter zahlen

Trotz des fallenden Umsatzes gegenüber 2003 steigerte die Profit-GBH ihren Jahresüberschuss 2004 um 26 Prozent.

Zwei Profitstrategien des GBH-Vorstandes Griesinger könnten dafür verantwortlich sein.

Zum einen die permanenten wohngebietsversetzten Mieterhöhungen in der

ganzen Stadt und zum anderen, der Verkauf und der Abriss von Mietsubstanz.

Angesichts der dramatischen Reallohnverluste, einer steigenden Zahl von Mietschulden durch den Hartz IV Sozialabbau, also einer zunehmenden Verarmung der Bevölkerung ist dies eine kommunalpoliti-

sche Schreckensentwicklung im Wohnungssektor.

Angesichts notwendiger Mietwohnungen mit bezahlbaren Mieten ist diese Haltung ein gewaltiger kommunaler Substanzverlust, den die Rathausoberen, die GBH Geschäftsführung und die GBH Aktionäre zu verantworten haben.



Stadtwerke Jubiläum - eine Tradition

Was die Stadtwerke nach der Privatisierung nicht geschafft haben, aus einem Städt. Eigenbetrieb wurde 1972 eine Aktiengesellschaft, ist eine umfassende Aufklärung der Tarifkunden über ihre Geschäftspolitik.

Nach wie vor werden die Heidenheimer Haushalte mit überhöhten Tarife zu Gunsten der Großindustrie geschröpft. Wann endlich wird aus der 100% Tochter der Stadt ein demokratisches Unternehmen, in dem die Gemeinderäte keine Geheimräte sind, die ihrer demokratischen Aufklärungspflicht nachkommen? Viele Jahrzehnte tarifpolitische Geheimdiplomatie sind genug. Die DKP Stadträte wünschen den Stadtwerken und fordern für die Zukunft „Gläserne Taschen“

keine Anzeige

Zeigt Mieterprotest Wirkung?

Anfang des Jahres 2005 haben 1002 Mieter und Mieterinnen mit ihrer Unterschrift eine von der DKP initiierte Protestaktion unterstützt. Der Baugesellschaft Heidenheim (GBH) wurde vorgeworfen, die Mietwohnungen zu vernachlässigen. Besonders in den Wohngebieten Eisenberg- und Voith-Siedlung, aber auch in der Oststadt sind an den Wohnblöcken innen wie außen zig Jahre nichts renoviert worden. Balkone, Keller und Dachräume sind in schrecklichem Zustand. Bei Mängelanzeigen reagiert die GBH sehr langsam bis gar nicht. Auf Mieterhöhungen brauchen die Mieter aber nicht warten, sie kommen in regelmäßigen Abständen. Das ist mit ein Grund, warum die Mieter so sauer auf die GBH sind. Wer nun erwartet hat, dass die GBH die Protestaktion ernst nehmen würde, sah sich getäuscht. Oder tut sich jetzt etwa doch was? Jetzt nach einem halben Jahr sieht man Arbeitsgerüste an den Häusern in der Eisenberg und Voith-Siedlung. In der Iglauerstrasse hat man das Streichen des Treppenaufgangs versprochen. Ja, dem öffentlichen Druck kann sich auch die GBH nicht entziehen. Was bisher geschah ist aber nur der Tropfen auf den heißen Stein. Vorsicht: Sollten Mieterhöhungen die Folge sein, wäre es ratsam, diese vorher, z.B. beim Mieterverein, auf ihre Richtigkeit prüfen zu lassen.

Antwort von Stadtwerke

200 000 Euro in Form von Zuwendungen geben die Stadtwerke jährlich an Vereinen und Organisationen aus. Die DKP-Stadträte Uli Huber und Reinhard Püschel wollten von Direktor Brüner genaueres erfahren. Unlängst wurde der DKP-Brief beantwortet. Demzufolge wurde ein Heidenheimer Kindergarten mit 10 000 Euro bezuschusst. Eindeutig verneint wurde auch die Frage, ob politische Parteien Gelder erhalten haben. Auf die Frage, welche Vereine und Organisationen in den letzten Jahren Zuwendungen erhalten und nach welchen Kriterien bezuschusst wird, gab es keine Antwort. „Sie werden verstehen, dass wir Ihnen aus Gründen des Datenschutzes keine detaillierte Auskunft darüber geben können.“

Kreistag entmündigt sich selbst

Kreiskrankenhaus wird privatisiert

Demokratische Rechte und öffentliche Kontrolle werden eingeschränkt

Wenn nächstes Jahr aus dem Klinikum eine gGmbH wird, freut sich der heutige Personalrat darauf, zum Betriebsrat zu werden. Hat er dann einige Rechte mehr

als heute? Kann er mehr mitbestimmen und beraten? In wirtschaftlichen Angelegenheiten bleibt er ohne Einfluss. Diese Mitbestimmungsrechte wären

besser beim Krankenhausausschuss geblieben. Dort waren öffentliche Kontrolle und demokratische Entscheidungen besser auf-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Alle Jahre wieder!

Landrat Mader und Kreistag unterstützen Fahrpreiserhöhung

Wie bereits im August 2004 erhöht die HVG die ÖPNV und HTV Tarife zum August 2005 um 2 Prozent. Der Griff in den Geldbeutel der Fahrgäste scheint bereits beschlossene Sache. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite der Medaille ist die Steigerung des HVG-Ertrags von knapp 2 Prozent auf 6,7 Mio. Euro. Hinzu kommt eine Fahrgaststeigerung von 3,4 Prozent. Insbesondere bei der Schülerbeförderung, den Seniorenfahrkarten, Tages-, Einzel- und bei Monatskarten gab es eine sehr gute Entwicklung. Die Aktionäre und Aufsichtsräte, auch Landrat Mader, quittierten die Profitentwicklung der HVG-Busflotte mit zufriedenen Gesichtern.

Es ist beachtlich, dass trotz der unverschämten Kürzung von staatlichen Ausgleichsleistungen im Bereich des Schüler- und Ausbildungsverkehrs eine Steigerung der Fahrgastzahlen zu verzeichnen war. Nicht unschuldig an der Steigerung der Fahrgastzahlen dürften die Millionen Euro kommunale Investitionen in ein neues Stadtbuskonzept und den zentralen

Halte- und Umsteigepunkt in der Marienstrasse sein. Diese Investitionen sind allein von den Bürgern über Steuergelder erbracht worden. Auf diese öffentliche Millionen-Vorleistung aus Bürgerhand satteln die Verantwortlichen noch eine Fahrpreiserhöhung für die ÖPNV-Nutzer obendrauf. Angesichts der anhaltenden Reallohnverluste, der Hartz IV-Beschlüsse der Rot/Grünen Bundesregierung eine weitere, jetzt kommunale Unverschämtheit.

Trotz der sehr zufriedenstellenden Ertragsentwicklung dreht die HVG an weiteren Stellschrauben. Das Fahrplanangebot und die Betriebsabläufe sind in ihrem Zielfernrohr.

Die DKP fordert:



Keine Abstriche am Fahrplanangebot.

Ein attraktives Busangebot in das Umland.

Gläserne Taschen bei der HVG.

Fahrpreiskalkulationen offen legen

HVG - Fahrpreiserhöhung zum 1. August aussetzen!

OB Ilg nimmt mit der HVG Gespräche auf und will erreichen, dass für die Linie 4 Oststadt die Taktzeiten verkürzt werden.

Die DKP Stadträte Püschel und Huber forderten in der Sitzung des Gemeinderats am 30.06.2005 Herrn OB Ilg auf, bei diesen Gesprächen auf die HVG einzuwirken, die geplante Fahrpreiserhöhung zum August 2005 auszusetzen. Die DKP Gemeinderäte begründeten, dass es angesichts der hervorragenden Entwicklung bei der HVG und den gigantischen Investitionen der Stadt Heidenheim (wohlgemerkt aus Steuergeldern) für den Stadtbus-Verkehr es an der Zeit sei, die Fahrgäste mit einer befristeten Festschreibung des Fahrpreises zu beteiligen.

(Fortsetzung von Seite 2)

gehoben.

Die Zukunft als gGmbH birgt aber auch Gefahren. Das kleine „g“ steht für „gemeinnützig“ aber es ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, auf die weder ein Betriebsrat noch der Kreistag einen Gestaltungseinfluss hat.

Beschränkt wird auch die Verantwortung sein, wenn eine Verlagerung oder Ausgliederung ansteht. Einzelne Bereiche des Klinikums (z.B. die Küche; die Wäscherei) könnten dann ja mal aus Kostengründen in eine eigene Service (g)GmbH umgewandelt oder ausgelagert werden. Ob die Beschäftigten dann noch viel Schutz durch einen Betriebsrat ha-

ben ist fraglich, denn diese Betriebe sind oft für einen funktionierenden Betriebsrat zu klein oder zu schwach.

Nicht selten begehen zur gGmbH veränderte Firmen auch eine Flucht. Die Tariffucht – in Heidenheim im Jahre 2004 z.B. vom „Roten Kreuz“ begangen – ist ein erwünschtes Ziel zur Profitsteigerung.

Die an der Umwandlung Beteiligten verkünden momentan zwar, dass dies nicht geschehen wird. Wenn es aber jemals darauf hinausläuft, dann ist es vorbei mit einer tariflichen Bezahlung.

Die Gewerkschaft und der Betriebsrat müssen sehr darauf achten, dass dies nicht geschieht.



Für Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Natur

Erstes Sozialforum in
Deutschland
vom 21. - 24. Juli 2005 in
Erfurt

Anmeldung unter
www.sozialforum2005.de

UZ Pressefest - das Fest der DKP



Winfried Wolf (rechts) und Arno Neuber im Zelt von Ba.-Wü.



Tausende bei Konstantin Wecker

Das 14. Pressefest - Volksfest der DKP wurde wieder zum schönsten, spannendsten und größten Volksfest der Linken.

Mehr als 50 000 BesucherInnen kamen zum Fest der DKP in den Revierpark Wischlingen in Dortmund. Neben der Kultur, international kulinarischem, kam die Politik nicht zu kurz. Beim Forum Bundestagswahl 2005 folgten knapp 400 interessierte Zuhörer den Ausführungen von Hüseyin Aydin (WASG), Horst Schmitthenner (IGM), Karen Genn (Sozialforum), Rolf Kutzmutz (PDS), Kerstin Sack (attac), und Heinz

Stehr (DKP). Horst Schmitthenner brachte die Stimmung des Forums auf den Punkt. Die außerparlamentarische Linke selbst müsse dafür Sorge tragen, dass das linke Wahlbündnisprojekt auch ein linkes Projekt bleibe. Heinz Stehr begrüßte das neue Wahlbündnis, weil es den Kämpfen gegen Neoliberalismus neue Schubkraft verleihen könne.

Erklärung zur Bundestagswahl 2005

Beschluss des Bezirksvorstandes der DKP Baden-Württemberg

Der Bundestag braucht dringend eine linke Alternative zur neoliberalen Einheitspartei aus CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Grüne, die dort in der letzten Legislaturperiode fast unter sich war.

Wir begrüßen es daher, wenn PDS und WASG ihre Kräfte bündeln und sich nicht in Konkurrenzmandataturen zersplittern. Beiden Parteien schlagen wir vor, ihre Landeslisten auch für andere linke Persönlichkeiten zu öffnen, ohne Ausgrenzungen.

Dem Parteivorstand empfehlen wir, zur Wahl dieser Links-Liste aufzurufen, wenn sie sich klar gegen die weitere Zerstörung der sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die Militarisierung deutscher Außenpolitik und gegen jede Kungelei mit Regierungskoalitionen ausspricht und sich der außerparlamentarischen Bewegung verbunden fühlt und sie unterstützt.

Die DKP sollte die Aufstellung von WahlkreiskandidatInnen vor Ort prüfen.

Die DKP sollte mit einem eigenen Forderungsprogramm in den Wahlkampf gehen, in dem auch unsere sozialistische Alternative begründet ist.

Die Erklärung wurde einstimmig verabschiedet.

Die DKP Heidenheim bereitet sich vor

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung der DKP Heidenheim am 30.06.05 beschlossen die Mitglieder, sich gemäß dem Beschluss des Bezirksvorstandes auf die Bundestagswahlen vorzubereiten. Hierzu zählen auch, dass die formellen Voraussetzungen für eine Direktkandidatur geschaffen werden. Der Beschluss ist mit einer Option verbunden, die Kandidatur zu Gunsten der WASG zurückzuziehen, falls ein WASG-Direktkandidat nominiert wird.



Wenn Sie weltoffen sind und einen Arbeitsplatz, wenigstens befristet, über 4 Jahre suchen, melden Sie sich bei der Bundeswehr. Welt offen für weltweite Kriegseinsätze.

Was sagte doch Herr „Kriegsminister“ Struck (SPD): „Es ist nicht auszuschließen, dass wir in solchen Einsätzen Soldaten Verlieren werden nicht nur durch Unfälle und Anschläge, sondern durch eine militärische Auseinandersetzung. Das ist für uns alle, die wir nach dem Krieg geboren wurden, ein ungewohnter Gedanke aber realistisch“.

60 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Am 6. August 2005 jährt sich zum 60. mal der US amerikanische Atombombenabwurf auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Heidenheim ist Mitglied der weltweiten Initiative „Mayors for Peace“. Alljährlich hat die DKP zu diesem Ereignis in Heidenheim Stellung bezogen und an die brutale Menschenrechtsverletzung der USA erinnert. Zum Haushaltsplan 2005 wurden auch entsprechende Anträge gestellt, die sowohl von der Verwaltung als auch vom Gemeinderat abgelehnt wurden. In einem Schreiben an OB Ilg wird von der DKP zum Ausdruck gebracht, dass sich OB Ilg zu diesem Jahrestag in seiner Eigenschaft als „Bürgermeister für den Frieden“ dem Gemeinderatsbeschluss von 1986 Gewicht beizumessen.

An der Aktion „Nacht der 100.000 Kerzen“ die von „Ohne Rüstung Leben“ bundesweit organisiert wird, beteiligt sich die DKP Heidenheim



Anzeige HNP 09.07.2005

Deutsch-Französische Brigade, Müllheim/ Baden

Stellenangebot ab dem 01.10.2005

Die Bundeswehr bietet kurzfristig Frauen und Männern eine herausfordernde und interessante Tätigkeit als Soldat/in auf Zeit in der Laufbahn der Mannschaften bei der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim. Sie besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, sind zwischen 17 und 31 Jahre alt, sportlich, teamfähig, weltoffen, haben eine abgeschlossene Schulausbildung und suchen einen Arbeitsplatz für 4 Jahre als Soldat/in in verschiedenen Tätigkeiten – u.a. als Kraftfahrer/in, Logistiker/in, Funker/in, Bürokräft etc. -, dann informieren Sie sich bei Ihrem zuständigen Wehrdienstberater! Die Bereitschaft zur Teilnahme an Auslandseinsätzen ist erforderlich. Nettogehalt ab 1200 € zuzüglich ggf. Auslandsverwendungszuschlag! Die Stellen sind auch für Wiedereinsteller bis FWDL 23 geeignet.

Wehrdienstberatung Ulm
Westerlinger Str. 13
89077 Ulm
Tel.: 0180 / 29 29 29 00
(8 Ct./ Anruf aus d. dt. Festnetz der T-Com)

www.bundeswehr-karriere.de



Bundeswehr